

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

17.1.1901 (No. 16)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 16.

Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Zur preussischen Königsfeier

schreibt die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“:
Am deutschen Kaiserhofe beginnt am heutigen Tage die Erinnerungsfest an die vor zwei Jahrhunderten erfolgte Erhebung Preußens zum Königreich.

Mit seinem Königshause begehrt das preussische Volk den Gedenktage durch Kundgebungen froher Erkenntnis der Größe und Macht, die eine weise Staatskunst der Herrscher und die schaffenskräftige Tüchtigkeit ihrer Unterthanen der preussischen Monarchie im Rathe der Nationen errungen haben.

Mit innigem Dankgefühl für Gottes allwaltende Gnade, die Brust geschwellt von stolzen Empfindungen im Rückblick auf die Großthaten seiner Vorgänger an der Krone, begehrt Wilhelm II. die Wiederkehr jenes denkwürdigen Tages, der Preußens Weltmachtstellung begründet, der inneren Thatsache seiner Fürsten und seines Volkes den machtvollen äußeren Ausdruck gegeben hat.

In hartem Ringen gegen die Ungunst natürlicher Verhältnisse haben Preußens Herrscher das ihrer Führung anvertraute Land zu wirtschaftlicher Wohlfahrt emporgeführt, durch unermüdete Arbeit dem feinkörnigen und sandigen Boden reiche Frucht abgerungen. Mit durchdringendem geistigen Blick für die Erschließung der wirtschaftlichen Lebensquellen ihres Volkes haben Preußens Könige sich auch als Schützer der Wissenschaften und Künste allezeit bewährt, in rastloser Schaffenskraft den wehrhaften Sinn ihrer Unterthanen zu weltgeschichtlichen Thaten geführt und der Erfüllung zugeführt, was ihr großer Ahnherr erstrebt: die Monarchie „stabilisiert als einen Kocher von Bronze.“

Als erste Diener des Staates haben Preußens Fürsten ihrem Volke voran für das allgemeine Wohl gearbeitet, und dieser auch in den heillosen Tagen ruhmvoller Siege nie erlahmenden Thatsache, dieser Fortdauer der Anspannung ihrer schöpferischen, vorbildlichen Thätigkeit dankt es der gegenwärtige Träger der Krone, der Erbe ihres Ruhmes und ihres Wirkens, daß sich im Rückblick auf vergangene Zeiten die Früchte des gut und ehrlich verwalteten Pfandes, das ihnen von Gott überantwortet ist, vor seinem geistigen Auge entfalten. Vergan ging stets der Weg; nicht Sonnenbrand, nicht Winterrost vermochte ihre Thatsache zu lähmen, nicht Unglück sie niederzubeugen, nicht sieghafter Helmenruhm den klaren Blick in eitlem Wahn zu blenden.

Solch hehre geistige Größe und martige Willenskraft zwingt auch jene Völker in ihren Bann, die nicht durch lohendes Feuer des Blutes zu eins geschmiebet sind in Stammesverwandtschaft mit dem Preußenvolk. Um viel mehr aber, als die anderen Nationen, nehmen Alldentschlands Stämme herzlichen Anteil an den Festen der Jubelgedenktage des preussischen Königshauses! Haben sie doch Alle mitgewirkt zur Erreichung des hohen Zieles, an dem seit der Erfüllung tausendjährigen Sehns der deutschen Völker Preußen nach dem Einigungskriege angelangt ist. Den blutreichen Opfern aller deutschen Stämme danken Preußens Könige die Kaiserkrone; aber unter dem machtvollen, weltumfassenden Schutze der Kaiserlichen Gewalt, die sich auf die Zusammengehörigkeit der deutschen Fürsten und Stämme stützt, blühen die Bundesstaaten.

So nimmt Alldentschland frohen Anteil an der preussischen Gedenktage, die ein hochragender Weiser ist auf dem Wege ruhmvoller Thaten, an der Grenzmarke des dritten Jahrhunderts preussischer Königsgeschichte.

Die Eröffnung des Württembergischen Landtags.

Stuttgart, 15. Januar.

Die Eröffnung der Ständeversammlung hat heute Vormittag 11 Uhr in der hergebrachten feierlichen Weise stattgefunden. Voraus ging ein Gottesdienst, für die evangelischen Mitglieder in der Schlosskirche, wo auch Ihre Majestät der König und die Königin erschienen, für die katholischen Mitglieder, denen sich Ihre königlichen Hoheiten der Herzoge Albrecht, Robert und Ulrich angeschlossen, in der Oberhardtskirche. Dann vollzog sich die Aufsicht zum Ständehaus, wo an diesem Tag die Stadtgarde, ein zu solchen Ehrendiensten berechtigtes berittenes Corps wohlhabender Bürger, die sonst unbefestete Wache bezieht. Auch im Halbmondsaal zeigt sich ein ungewöhnliches, buntes Bild mannigfacher Uniformen: neben dem Offiziersrock, den auch die Prinzen tragen, dem Staatskleid der Minister und Geheimen Räte, der standesherrlichen und ritterschaftlichen Uniform, dem schlüffel-

gezierten Rock der Kammerherren taucht der rotte Frack des Johanniterordens und manches fremdländische Prunkkleid auf. Die evangelische und katholische Geistlichkeit erscheint in schwarzem oder violetterm Zalar, nur der Kanzler der Universität, der der Kammer noch immer seine Jungfernerbe schuldet, hat das Abzeichen seiner Würde nicht angelegt. Von den gewählten Abgeordneten erscheint der Vertreter von Ludwigsburg als ehemaliger Offizier heute im Waffenrock, sonst herrscht auf den bürgerlichen Bänken, wo die verfassungsmäßige Sitzordnung große Veränderungen und manche gelungene Zusammenstellung gezeitigt hat, ausnahmslos der Frack und der schwarze Rock. Rechts vom Throne stellen sich die Staatsminister auf, an ihrer Spitze jetzt als Ministerpräsident der Kriegsminister in der an dieser Stelle ungewohnten Uniform, am Ende der neue Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Soden, im blonden, noch wenig ergrauten Vollbart, mit preussischem Ordensband um die Schultern. Links vom Throne nehmen die Hofwärtenträger und die Adjutanten vom Gefolge des Seiner Majestät des Königs Platz, den der Präsident der Kammer der Ständeherrn und der Alterspräsident der Abgeordnetenkammer am Eingang des Hauses, eine Abordnung von vier Mitgliedern der Ersten und acht der Zweiten Kammer am Eingang des Saales empfangen haben. Mit Hochrufen betritt der König den Podest vor dem roth-goldenen Thronstuhl, dann ruft der Ministerpräsident die erstmals gewählten Abgeordneten auf, ihren Ständebund in die Hand des Königs abzulegen. Als erster tritt diesmal Staatsrath v. Mandry vor, nunmehr lebenslängliches Mitglied der Kammer der Ständeherrn. Die neugewählten sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich der Feier ferngehalten, werden daher auch nicht aufgerufen. Die Thronrede, die der König nunmehr verliest, wird wie üblich still entgegengenommen. Dann verläßt der König mit demselben Geleite unter Hochrufen der Versammlung den Saal.

Die Thronrede verweist zunächst auf die im allgemeinen gehobene wirtschaftliche Lage des Landes und den durchaus befriedigenden Stand der Staatsfinanzen. Erste und wichtigste Aufgabe der Ständerversammlung wird die Feststellung des Staatshaushalts sein, mit dem zugleich die Gehaltsaufbesserung angeknüpft wird. Als nicht minder wichtige und dringende Aufgabe wird sofort die Steuerreform angeregt, deren neue Fassung den früheren ständischen Beschlüssen thunlichst Rechnung tragen soll, und die Hoffnung ausgesprochen, daß über die so gefaltete Reform nunmehr eine Verständigung erzielt werden wird. Weiterhin werden die Neuorganisation des Forstwesens unter Aufhebung der Forstämter, die neu vorgesehene Eisenbahnbauten z., darunter wieder die linksufrige Neckarbahn, die Fortsetzung des Baues von Nebenbahnen angekündigt. Dann folgt der am meisten mit Spannung erwartete, politisch wichtigste Passus: „Bei dem letztmaligen Versuche einer Aenderung der Verfassung hinsichtlich der Zusammenlegung der Ständerversammlung ist eine tiefgehende Verschiedenheit der Meinungen und Bestrebungen in der Ständerversammlung hervorgetreten. Eine Aenderung der Zusammenlegung beider Kammern bleibt nach wie vor ein von Meiner Regierung angestrebtes Ziel; so lange aber die innerhalb der Ständerversammlung bestehende Verschiedenheit der Meinungen über eine zweckmäßige Lösung dieser Frage eine Ausgleichung nicht erfahren hat, ist von einem neuen Vorgehen Meiner Regierung ein Erfolg nicht zu hoffen.“ Viel bemerkt wird auch, daß der Entwurf einer neuen, die Verschiedenartigkeit der Gemeinden nach ihrer Größe berücksichtigenden Gemeindeordnung erst nach Erledigung der Steuergesetze der ständischen Verathung unterstellt werden soll. In dem Entwurf ist für sämtliche Gemeinden des Landes die periodische Wahl der Ortsvorsteher im Zusammenhang mit einer veränderten Zusammenlegung der Gemeindeorgane vorgesehen. Des Weiteren wird ein umfassendes neues Begegesetz angekündigt mit der Aufgabe, unter Ausbildung des Bezirksstrafwesens die Wegebaulast in weiterem Umfang als seither den Gemeinden abzunehmen und leistungsfähigeren Verbänden zu übertragen, endlich eine Revision der Bauordnung und der Gebäudebrandversicherung. Mit Segenswünschen für eine dem Volk zum wahren und dauernden Wohl gereichende landständische Thätigkeit schließt die Thronrede.

(Telegramm.)

* Stuttgart, 16. Jan. Die Kammer wählte den bisherigen Präsidenten Payer mit 83 von 86 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder.

(Mit einer Beilage.)

* Die Kiautschou-Denkschrift.

Die Denkschrift, betreffend die Entwicklung des Kiautschou-Gebietes in der Zeit vom Oktober 1899 bis Oktober 1900, ist soeben dem Reichstage vorgelegt worden.

Diese alljährlich erscheinende amtliche Veröffentlichung beansprucht in diesem Jahre ein besonderes Interesse durch die schwebenden politischen Wirren, die im Schutzgebiete Kiautschou wie in ganz China dem Berichtsjahre sein charakteristisches Gepräge gegeben haben. Mit Rücksicht hierauf widmet die Denkschrift der äußeren Entwicklung, den militärisch-politischen Vorgängen diesmal einen besonderen Abschnitt. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Ruhe im deutschen Schutzgebiete, selbst auch im letzten Jahre nicht gestört worden ist. Hingegen haben im Hinterlande, in der chinesischen Provinz Schantung, Unruhen und Kämpfe stattgefunden, welche zu Beginn des Jahres 1900 einen rein lokalen Charakter zu haben schienen, später aber — im Sommer 1900 — sich in unverkennbarem Zusammenhange mit der großen Bewegung im nördlichen China wiederholten. Der Abschnitt schließt mit dem erfreulichen Ausblicke, daß nunmehr sowohl im Hinblick auf die derzeitige militärische Lage, als auf die vertraglichen Vereinbarungen mit dem chinesischen Gouverneur mit großer Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden darf, daß die Provinz Schantung vor einer Periode friedlicher Entwicklung steht, welche gleichmäßig der einheimischen Bevölkerung und der deutschen Kulturarbeit zu gute kommen wird.

Der Abschnitt II ist der inneren Entwicklung der Kolonie im Berichtsjahre gewidmet. In nüchternen, soweit irgend möglich ziffermäßigen Darlegungen werden die Fortschritte des letzten Jahres auf den einzelnen Seiten verzeichnet.

Es drohte während eines Theils des Berichtsjahres ein völliger Stillstand in der Entwicklung der Kolonie; im gegenwärtigen Stadium der letzteren aber würde ein solcher gleichbedeutend mit einem bedenklichen Rückschritte gewesen sein. In der Erkenntnis dieser Sachlage mußte die Verwaltung des Schutzgebietes alles daran setzen, einen solchen Stillstand zu vermeiden. Sie hat es deshalb für ihre Pflicht gehalten, inmitten aller äußeren Unruhe und der dadurch bedingten militärischen Thätigkeit zugleich mit Anspannung aller Kräfte und verfügbaren Mittel an der Förderung der im Gange befindlichen großen technischen und wirtschaftlichen Unternehmungen weiterzuarbeiten. Keinen Tag hat der Hafenaufbau geruht und mächtig fortgeschritten sind im Berichtsjahre die Steinbänke, die in naher Zeit einen umfangreichen, zur Aufnahme der größten Schiffe geeigneten Ankerplatz umschließen werden; der Straßen- wie der Hochbau in der Stadt Tjingtau und ihrer Umgebung sind ununterbrochen gefördert worden; die für den Gesundheitszustand der Kolonie wichtigste Anlage, die zentrale Wasserleitung, ist ihrer Vollendung nahe gebracht; die Aufforstung der Berge um die Stadt ist planmäßig fortgesetzt; der Anschluß Tjingtaus an das unterseeische Kabelnetz ist ausgeführt worden. Neben diesen und zahlreichen anderen technischen Arbeiten des Berichtsjahres sind aber auch die Kulturaufgaben im engeren Sinne nicht aus dem Auge verloren worden. Die Justiz hat den stark sich steigenden Anforderungen, welche in jedem Jahre mehr an sie herantreten, sich völlig gewachsen gezeigt; die deutsche Schule hat einen weiteren Ausbau erfahren: ein Amtsblatt, welches alle wichtigeren Verordnungen und Bekanntmachungen in deutscher und in chinesischer Sprache veröffentlicht und damit einen weiteren Schritt zur Annäherung der chinesischen Bevölkerung an die deutsche Verwaltung unternimmt, wurde begründet; selbst für wissenschaftliche Bestrebungen in der Kolonie ist das letzte Jahr trotz seiner Unruhe nicht ungenutzt gelassen worden. Die amtliche Denkschrift hebt besonders hervor, daß die Verwaltung in ihrem Bestreben, mit allen Kräften einen Stillstand der Kolonie hintanzuhalten, verständnisvolle Mitwirkung bei einem Theile der deutschen Privatunternehmungen in der Kolonie und vor allem bei der wichtigsten derselben, der Eisenbahn, gefunden hat. Trotz der schweren Störungen im Hinterlande wurde das Eisenbahnunternehmen nicht nur nicht unterbrochen, sondern die unfreiwillige Ruhe auf den fernern gelegenen Strecken wurde ohne Zögern zu einer verdoppelten Thätigkeit auf dem näher der Küste, unter deutschem Schutze befindlichen Theile der Bahnlinie benutzt. Als die Ingenieure und Arbeiter der Bahn jenseits der Stadt Kiautschou vertrieben wurden, wurden sie sofort dazu verwendet, das Baupersonal der Strecke Tjingtau—

Kiautschou zu verstärken. Hierdurch ist ermöglicht worden, die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Betriebsöffnung dieser ersten Strecke schon im Frühjahr 1901 mit Sicherheit erwartet werden darf.

Ohne die wirtschaftliche Bedeutung dieser 74 km langen Teilstrecke, welche noch nicht bis zu den Bergwerksdistrikten der Provinz führt, übermäßig hoch zu veranschlagen, ist der Betriebsöffnung doch ein großer Wert beizumessen, einmal weil dieselbe nicht verfehlen kann, einen erheblichen Eindruck auf die Bevölkerung von Schantung auszuüben, ferner aber, weil sie die beste Schulung des chinesischen Personals für die weitere Ausdehnung des Unternehmens bildet. Für diese weitere Ausdehnung über Kiautschou hinaus sind nunmehr nach Beendigung der Arbeiten in Schantung, alle Vorbereitungen schon wieder in vollem Gange.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 15. Januar.

Kriegsminister v. Goltz betont zunächst in seiner Erwiderung auf die Interpellation Trimborn, die Beschwerde sei ja als begründet anerkannt und die Verfügung getroffen, daß alle Schlichter, die sich auf das Inquisitionsverfahren beziehen, aus den Akten entfernt würden. Damit war dem Allerhöchsten Erlasse Genüge geschehen. Was die Offizierswahl, die am 4. Januar in Köln stattfand, betrifft, so seien die Wahlverfahren selbstverständlich unter dem Dienstgeheimnis; es ist kaum ein Zweifel, daß auch bei den Wahlverfahren die prinzipielle Seite des Zweikampfes nicht erörtert werden darf, denn die betreffenden Aspiranten haben sich ja vorher schriftlich damit einverstanden erklärt, daß die Beförderung zum Offizier ihr Wunsch ist. Damit unterwerfen sie sich der Verordnung über die Ehrengerechtigkeit, welche durch Artikel 61 der Verfassung in Gültigkeit ist und übernehmen freiwillig alle Pflichten und Rechte des Offiziers. Das Landwehroffizierscorps hat darüber zu befinden, ob die Aspiranten bei Ehrenhaftigkeit der Gesinnung auch eine entsprechende Lebensstellung besitzen. Wird erstere in Zweifel gezogen, so muß dies unter Nachweis einer unehrenhaften Handlungsweise unter Beweis gestellt werden. Geschieht dies nicht, so ist es Pflicht der Minorität der Offiziere, eine solche Unterlassung zur Sprache zu bringen. Ebenso hätten die Aspiranten und ihre Angehörigen die Befugnis, den vorgeschriebenen Dienstweg einzuschlagen. Die Bestimmungen sind klar; es sind auch Mittel und Wege vorhanden, wenn diese Bestimmungen verletzt sein sollten, diese zur Geltung zu bringen. Für die Heeresverwaltung liegt kaum Veranlassung vor, höheren Ortes besondere Maßregeln vorzuschlagen. Was die von dem Abg. Trimborn vorgebrachte Beschuldigung des Bezirkskommandos betrifft, sind die Kommandobehörden angewiesen, Untersuchungen anzustellen.

Auf Antrag Schädlers tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Büsting (nat.-lib.) bemerkt: Da der Kriegsminister erklärt hat, derartige Fälle sollten nicht wieder vorkommen und unter allen Umständen solle von oben herab Remedur geschaffen werden, ist nicht einzusehen, was mit der Interpellation weiter geschehen soll. Wir mißbilligen den Vorfall, halten die Erklärung des Kriegsministers für völlig ausreichend und verlassen uns darauf, daß der Befehl des Kaisers künftig bessere Beachtung findet, als bisher. Wir verweisen auf unseren früheren Antrag, daß mit allen Mitteln dem Duellwesen entgegengetreten werden soll.

Abg. Pachtke (freis. Ver.) führt aus: Die Armee sei der Sitz des Duellwells; es habe sich ein Ehrenkodex herausgebildet, der dem Rechtsbewußtsein widerspreche. Wenn man etwas schärfer zugriffe, würde dem Uebel besser gesteuert. Was nun alle Gefechtsverstärkungen, wenn hinterher doch begnadigt wird. Ist das Duellwesen erst aus der Armee verschwunden, verschwindet es überhaupt.

Abg. Pachtke (Centr.) sagt: Der Fall habe keine politische und keine konfessionelle Bedeutung. Seitdem wir die Interpellation eingebracht haben, regnen Zuschriften an uns, worin ähnliche Fälle bekannt gegeben werden. So sollen in Berlin evangelische Theologen gefragt werden, wie sie zum Duellwahn stehen und abgewiesen werden, wenn sie das Duell ablehnen. Es wäre dankenswert, wenn der Kriegsminister angäbe, wo und wie eine Minorität der an der Wahl beteiligten Offiziere über Verfehlungen im Wahlverfahren Beschwerde führen könnten. Alle katholischen Offiziere würden es sich zur Ehre rechnen, gegebenen Falls diesen Weg zu beschreiten. Verwunderlich war die kühle Art, womit der Kriegsminister die Sache erörterte, die das Gewissen der ganzen Nation berührt. Das Kriegsministerium soll darüber wachen, daß der Geist und Sinn der bestehenden Vorschriften zur Geltung kommt. Zwischen dem Offiziersstande und dem Volke darf sich keine Kluft aufthun. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Lebedow (kons.) führt aus: Er halte den Hergang in Köln für tadelswerth, unkorrekt und bellagenswerth. Er wisse nicht, ob er in seinen jungen Jahren den Muth gehabt hätte, jetzt würde er die Antwort auf ein solches Inquisitionsverfahren einfach verweigern. Möglicherweise haben bei der Wahl der jungen Herren die vorangegangenen Vorgänge den Wahlloft beeinflusst, gewiß sei es aber nicht. Die mögliche Remedur scheine ihm aber geschehen.

Abg. v. Vollmar (Soz.) schildert die Kulturwidrigkeit und die Gefechtswidrigkeit des Duells. Der Reichstag müsse prinzipiell Stellung nehmen und darauf hinarbeiten, daß das Duell ganz verboten werde.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) sagt: Ich bedauere die Kölner Vorgänge außerordentlich. Wenn mich ein Herr gefragt hätte, wie ich zu dem Fall stehe, würde ich den Mann sehr angefallen haben (Heiterkeit) und ihn gefragt haben, wie er dazu komme, mir eine solche Frage vorzulegen. Die studentische Menfur hat mit dem Duell absolut nichts zu thun und ist nur eine ritterliche Waffenübung.

Abg. Müller-Sagan bemerkt: Sei denn überhaupt eine Wahl beim Offizierscorps möglich? Könnten sich denn Beamte eines Ministeriums ihren neuen Kollegen wählen? Redner erwähnt den Fall des zum Bürgermeister von Kreuznach gewählten Salomon, der nicht befähigt sei, weil er als Reserveoffizier infolge Duellverweigerung den Abschied erhalten hatte.

Abg. Lieber (Centr.) fragt, warum sind die Stellen in Köln, die sich vergingen, nicht befristet worden? Es handelt sich doch um eine offene Aufhebung gegen den Allerhöchsten Befehl; es ist die reine Rebellion, die in Köln gespielt hat. Wenn sich der Kriegsminister durch seine Ausführungen persönlich entlastet hat, hat er im Gegentheil andere Stellen bis zur höchsten Kommandostelle hinauf belastet. Wenn das Wahlrecht beim Offizierscorps zu solchen Mißständen führt, fängt das Privilegium an, untragbar zu werden. Der Duellwahn rührt weniger aus der Armee als aus studentischen Kreisen her.

Kriegsminister v. Goltz erklärt: Ich erkenne an, daß viele Uebelstände bei dem Offizierscorps aus der Unversitätzeit stammen. Was die von Lieber vermisste Bestrafung betrifft, so

hat doch nicht der Kriegsminister zu befehlen, sondern die höchste Kommandogewalt und der habe ich nicht vorzugreifen. Ich habe die betreffenden Berichte erst jetzt bekommen und kann deshalb nicht sagen, daß ich den betreffenden Bezirkskommandeur von vornherein verurtheile. Ich habe nur die Sache aufzuklären und an die Stelle zu bringen, die zweifellos den Angehörigen ihren Befehlen gegenüber nicht zulassen wird. Mir ist vorgeworfen worden, daß ich hier nicht warm genug für die Sache eingetreten sei; ich kann aber unmöglich Partei ergreifen, bevor ich die Sache ganz genau kenne. Im Jahr 1900 kamen nur vier Duelle im ganzen preussischen Heeresbereich vor, von denen drei unblutig verliefen. Die Kaiserliche Ordre hat also die glänzendsten Früchte getragen. (Sehr richtig! rechts.) Die Regeneration des preussischen Offizierscorps datirt allerdings von der Einführung der Wahl. Im Offizierscorps steht Eimer für des Anderen Ehre ein; wir werden aber dafür sorgen, daß die Wahl immer in richtiger Weise erfolgt.

Bernstorff-Rauensberg (kons.) hofft, daß die heutige Verhandlung uns in der Bekämpfung des Duells weiter gebracht hat.

Damit schließt die Berathung der Interpellation. In der fortgesetzten Berathung des Etats des Innern verlangt Vebel (Soz.) die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes. Der Staatssekretär des Innern nahm nur die Interessen der Unternehmer wahr. Bei den neuen Untersuchungen über die Abänderungen der Vätererbreordnung werde nichts herauskommen.

Staatssekretär Graf Posadowsky kommt auf den Verlauf der gestrigen Debatte zurück. Betreffs der Union zum Schutze des gewerblichen Eigenthums sind auf der letzten Brüsseler Konferenz alle unsere Wünsche erfüllt worden. Eine Vorlage wird dem Hause demnächst zugehen. Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb hat, wie die Enquete in Preußen zeigte, bisher im allgemeinen günstig gewirkt. Auch über die Berufsangelegenheiten der Sandsteinarbeiter ist eine Enquete veranstaltet worden. Bezüglich der Phosphor- und Holzfabrikation ist festgestellt, daß die bisherigen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter nicht genügen. In Frankreich soll eine Handmaße erfunden sein, die für die Arbeiter unschädlich ist. Wir haben darüber Auskunft erbeten. Bestätigen sich die Angaben über diese Handmaße, so wird der Entwurf, der in den Grundzügen bereits ausgearbeitet ist, alsbald vorgelegt werden können. Was die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Glasfabriken betrifft, so sind Erhebungen angestellt, ob ein Mißbrauch vorliegt. Eventuell soll ein vollständiges Verbot ergehen. Bezüglich des Wunsches, daß die in ventionirten Dampfer nur deutschen Provilant sollen verwenden dürfen, meine ich, man kann unmöglich auf Proviant die scharfen Bedingungen anwenden wie z. B. auf Kohlen. In Angelegenheit des Ankaufs amerikanischen Wäschfleisches für die deutsche Marine, von der ich nichts weiß, stelle ich eine Anfrage bei der Berathung des Marineetats anheim. Daß sich bei der Gestaltung des Fleischbeschaugesetzes persönliche Einflüsse geltend gemacht haben, kann ich nicht zugeben. Es waren schwerwiegende sachliche Gründe und die übereinstimmende Ueberzeugung des Bundesraths sowie der Bundesräthe in den Regierungen, die eine Abänderung des in zweiter Lesung angenommenen Fleischbeschaugesetzes veranlaßten. Der Abg. Möstke hat mich gestern gefragt, wann der Zolltarif dem Hause vorgelegt werden wird. Ich kann Ihnen versichern, daß der Reichskanzler eine möglichst schnelle Vorlegung dieser gesetzgeberischen Arbeit wünscht. Das Reichsgesamt, dem die Vorarbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses seit Mitte November vorliegen, wird Ende Januar oder Anfang Februar seine Arbeiten fertiggestellt haben. Wie lange Zeit aber dann der Bundesrath beantragt wird, um seinerseits den Zolltarif nach der wirtschaftlichen und handelspolitischen Seite zu prüfen, darüber kann weder der Reichskanzler noch ich eine Äußerung abgeben. Wenn man einen Zolltarif aufstellt, hat man selbstverständlich die Absicht, seine handelspolitischen Verhältnisse auf einer neuen Grundlage aufzubauen. Diese Regelung ist absolut notwendig geworden durch den Fortschritt der Industrie. Sobald der Zolltarif vom Bundesrath und Reichstag beschlossen und Gesetz geworden ist, wird sofort in die Räumigung der laufenden Verträge und mit den beteiligten Staaten in neue Verhandlungen wegen Abschlußes der neuen Verträge eingetreten werden. Ich bin überzeugt, daß es auf diesem Wege möglich sein wird, mit den beteiligten Staaten ein Vertragsverhältnis auf neuer Grundlage einzugehen.

Waller-Duisburg führt aus: Auch ich wünsche, daß uns der Zolltarif mit größter Beschleunigung vorgelegt wird. Die Reichstagskommission könnte dann den Sommer hindurch tagen. Wird er erst in nächster Session vorgelegt, so muß der Reichstag früher zusammenberufen werden, damit er noch vor Jahresabschluss fertiggestellt werden kann. Redner nimmt dann den Centralverband der Zöbustriellen in Schutz, der bei den Vorarbeiten zum russischen Handelsvertrage nur seine Arbeitskraft, aber kein Geld hergegeben habe, jedoch lediglich im allgemeinen Interesse. Sodann kommt Redner auf die Angelegenheit betreffend den Abbeber Laeisz zu sprechen. Legterer sei ehrenhaft und gewissenhaft gewesen. Allerdings habe er in der bekannten Angelegenheit einen Fehltriff begangen. Was Buec betrifft, so sei es Verleumdung, daß er oder einer seiner Freunde den bewußten Brief selbst in die Hände der Sozialdemokraten gespielt haben solle.

Hierauf verlegt sich das Haus auf morgen.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 16. Januar.

Fortsetzung der ersten Berathung verschiedener Anträge betreffend Abänderung der Gewerbegerichte, sowie des Antrages Hize und Genossen um Herbeiführung gesetzlicher Bestimmungen für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Abg. Hize begründet den Antrag, der das Ergebnis der Verständigung in der vorjährigen Kommission sei. Es handle sich um die Schaffung von Einigungsämtern. Die Gewerbegerichte hätten sich im allgemeinen bewährt. Es müßten aber auch für den emporendsten Arbeiterstand Arbeiterkammern geschaffen werden, wie sie bereits in Holland und Belgien bestehen.

Abg. Beck-Heidelberg erklärt, die Nationalliberalen seien gerne bereit, beim Ausbau der Gewerbegerichte mitzuwirken. Bei der Erweiterung der Kompetenz der Gewerbegerichte dürfe man aber nicht in das Gebiet der allgemeinen Rechtspflege übergreifen.

Preussischer Landtag.

Bpa. Berlin, 15. Januar.

Die erste Lesung des Etats im Abgeordnetenhaus wurde heute durch eine 1/2 stündige Rede des Abg. Frörs v. Beditz fortgesetzt, in welcher dieser die Finanzpolitik der Regierung gegen die Angriffe der Herren Richter und Dr. Sattler vertheidigte. Den allgemeinen wie den besonderen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Kanalvorlage trat er bei, bezieht seiner Partei in diesem die Entscheidung in Bezug auf die Finanz- und volkswirtschaftlichen Bedenken gegen den Rhein-Elbe-Kanal völlig vor.

Nachdem der Landwirtschaftsminister Frörs v. Hammerstein gebeten hatte, ihn von einer Äußerung über die Hypothekendarlehen vorläufig zu dispensiren, weil die Verhandlungen noch schwebten und ausführliche Äußerungen bei der Berathung über sein Ressort in Aussicht stellten, trat auch der Abg. Ehlers in längerer Einzelaussprache auf die Seite der Finanzverwaltung, bemängelte indessen, daß diese eine unzureichende Fürsorge für die Bedürfnisse der Justizverwaltung, insbesondere für die Justizbauten an den Tag gelegt habe. Das gab zunächst dem Justizminister Gelegenheit, hervorzuheben, daß der Finanzminister stets bereitwillig auf seine Wünsche eingegangen sei und insbesondere in den Etat für 1901 sehr bedeutende Mehrforderungen für Justizbauten eingestellt habe.

Der Finanzminister v. Miquel wies darauf hin, daß der Finanzverwaltung, wie Exemplum zeige, vielfach Dinge zur Last gelegt würden, an denen sie gar nicht betheiligt sei. Sodann erhob der Abg. Dr. v. Jagdewski die übliche Polenzklage in ganz besonders lebhaftem Tone, vornehmlich wandte er sich mit Schärfe gegen die Anordnungen der Regierung in Posen über die Ertheilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache in den Schulen der Stadt Posen.

Dies gab dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums Anlaß, in längerer Ausführungen darauf hinzuweisen, daß die Staatsregierung sich durch Klagenreden der in Rede stehenden Art von ihrer wohlwollenden und konsequenten Politik gegenüber den zweisprachigen Landestheilen nicht abbringen lassen könne. Wiederholt habe man sich durch solche polnische Auslassungen zu einer Politik schwächlicher Nachgiebigkeit verleiten lassen, stets aber mit dem gleichen Erfolge, daß die Polen alsbald zu offenem Aufstande übergegangen seien. Allerdings gehe die polnische Bewegung nicht auf offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt aus, sondern sie bereite die wirtschaftliche Herrschaft des Polentums in den verschiedenen Landestheilen des früheren Polentums vor, um so die Grundlage für die erhoffte nationale Wiedergeburt zu gewinnen. Von der jetzt gestifteten Saat werde man erst nach einem Menschenalter, darum aber sicherer die vollen Früchte ernten.

Der Kultusminister nahm hierauf Anlaß, näher darzulegen, daß die Polen der Schulverwaltung, insbesondere der Regierung in Posen durchaus Unrecht thun, deren Anordnungen in Bezug auf die Schulpflicht in dem Religionsunterrichte in den polnischen Schulen nicht allein zur Herstellung der Gleichheit mit den Verhältnissen in den neuerdings inkorporirten Distrikten gedient haben, sondern auch sachlich völlig gerechtfertigt worden seien, die wirksame Erhaltung des Religionsunterrichts nicht behindern, wohl aber in der wirtschaftlichen Interesse wünschenswerthen Aneignung der deutschen Sprache förderlich seien.

Hierauf nahm nochmals der Vizepräsident des Staatsministeriums das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, die deutsche Bewegung richte sich gegen die katholische Kirche und sei konfessioneller Natur, in soweit die Regierung in Betracht komme, völlig unrichtig sei.

Es folgte nunmehr eine Rede des Abg. Dr. Fabian, welcher sich über Wosterfragen und Kanalpolitik verbreitete und dann eine Reihe von Beschwerden aus der Provinz Hannover berührte.

Hierauf nahm der Minister des Innern Gelegenheit, dem Vorredner zu erklären, daß er gerne bereit sei, besondere Beschwerden der öffentlich rechtlichen Körperschaften aus Hannover über ungenügende Berücksichtigung ihres Selbstbestimmungsrechts eingehend zu prüfen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurde die Staatsverhandlung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 16. Januar.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin reiste heute Früh gegen 9 Uhr, begleitet von der Hofdame Freiin von Adelsheim, dem Oberhofmarschall Grafen von Andlau und dem Kammerherrn Geheimen Rabinetsrath von Chelius, nach Berlin ab. Ihre Königliche Hoheit fuhr über Heidelberg, Würzburg, Gotha, Weimar und trifft in Halle mit Seiner Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog zusammen. Die Ankunft in Berlin wird am späten Abend erfolgen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag 10 Uhr die Meldung des Kriegsgerichtsraths Walthers entgegen und ertheilte dann bis halb 1 Uhr den nachgenannten Personen Audienz: dem Betriebsdirektor Engler bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, dem Direktor der Akademie der bildenden Künste Professor Volz, dem Amtsgerichtsdirektor Gieseler in Mannheim, dem Forstmeister Hof in Emmendingen, den Amtmännern Dr. Seidenadel in Karlsruhe und Neff in Mannheim, dem Amtsrichter Dr. Ette daselbst, dem Notar Dr. Stroede in Graben, dem Bezirksarzt Dr. Glaz in Trieburg, dem Ministerialsekretär Dr. Schmidt in Karlsruhe, den Volksschulhauptlehrern Gelmann in Pforzheim, Molitor in Unterneudorf, Schleid in Rinklingen, Jost in Mannheim-Käferthal, Schemenau in Neckarhausen, Gärtner in Bröhlingen und Geier in Hoffenheim, den Revisoren Döbele, Jtta, Conrad, Weile, Lang und Ditter bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Nachmittags halb 3 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit den Galleriedirektor Professor Thoma. Von 3 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Generalleutnants und Generaladjutanten von Müller, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Majors von Scherwin.

P. (Eisenbahnrathe) Am 9. Februar wird eine Sitzung des Eisenbahnrathe stattfinden, auf deren Tagesordnung die Aufnahme des sogenannten Rohstofftarifs in den Gütertarif des inneren badischen Verkehrs und die Berathung des Sommerfahrplans stehen. Der Entwurf des Fahrplans kann von Interessenten im Bureau der hiesigen Handelskammer, sowie bei den Herren Mitgliedern der Handelskammer an den auswärtigen Plätzen des Handelskammerbezirks eingesehen werden.

(Großherzogliches Konservatorium für Musik.) Das fünfte Vorspiel (Ausbildungsklassen) fand am Dienstag den 15. Januar, Abends halb 7 Uhr, im Konzertsaal der Anstalt statt. Das nächste Vorspiel (Vorbereitungsklassen) wird Dienstag den 22. Januar, Abends halb 7 Uhr, veranstaltet.

* Feuerlöschprobe.) Morgen Nachmittag halb 4 Uhr findet auf dem Reppplatz wieder eine Feuerlöschprobe statt, und zwar diesmal mit dem Moment-Feuerlöschapparat „Excellior“ (System Carré-Paris).

* Von der Tauber, 15. Jan. In landwirtschaftlichen Kreisen dürfte ein Urtheil, das bei Schluß letzter Woche gefällt wurde, sehr interessieren. Ein Grenzmarken hatte seinem Angrenzenden, mit dem er in steter Feindschaft lebte, unter die Winterzeit Unkraut gesät. Seine böshafte That wurde mit sechs Monaten Gefängniß bestraft.

* Bilingen, 15. Jan. Der 40 Jahre alte Landwirth und Holzarbeiter Roman Furtwängler von Unterfrank, der am letzten Freitag Morgen in den Domänenwald bei St. Georgen zur Arbeit gegangen war, wurde am Samstag Vormittag durch den Geometer Brenkmann hier im sogenannten Spengrund, Gemarkung Unterfrank, nahe am Bilingen Stadtwald, als Leiche aufgefunden. Seine Baarschaft von 23 M. war unverändert in seiner Tasche — also ist ein Raubmord ausgeschlossen. Die gestern vorgenommene Untersuchung der Leiche ergab, daß der Tod durch Erhängen herbeigeführt und die Leiche vom Thortort abwärts geschleift wurde.

** Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 20. Jan. Landwirtschaftliche Besprechungen in Balingen, Kirchzarten und Neusack; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Ortsvereins in Reidenstein; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsumvereins in Dinglingen; Generalversammlung der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Weisweil. Freitag, 25. Jan. Ordentliche Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Mauer.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

* London, 15. Jan. Es verlautet, 500 Buren versuchten den Wasserfluß für die Tomsdriver-Station, von wo der Betrieb der Bahn abhängig ist, abzusperren, um den Verkehr zu unterbrechen. Die Tomsdriver-Station liegt etwa 110 Meilen von Kapstadt entfernt.

* London, 15. Jan. Reuter meldet aus Kroonstadt: Längs der Bahnlinie nach Norden sind die Buren äußerst thätig. Verschiedene kleine Abtheilungen überschritten in den letzten Tagen die Bahnlinie. Auch zwischen Kroonstadt und Lindey zeigen sich häufig Buren. Alle größeren Burenabtheilungen scheinen sich in südlicher Richtung mit Dewet zu vereinigen.

* London, 16. Jan. Wie Reuter's Bureau meldet, beabsichtigt das Kriegsamt, starke Abtheilungen von Yeomanry einzuberufen und nach Südafrika zu entsenden, sowie mehrere Milizbataillone wieder einzustellen.

* Durban, 16. Jan. Der „Standard“ meldet von hier unterm 15. d. M.: Am Sonntag hat drei Schwadronen berittener Infanterie aus Johannesburg ein Gefecht mit den Buren bei Holfontein, nördlich von Springs. Fünf Buren wurden getödtet, darunter der Kommandant van Heeren. Mehrere wurden verwundet. Die Engländer hatten keine Verluste.

* London, 16. Jan. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Prätoria vom 15. Januar verlautet: Die Buren nahmen am Rennosterkopf einen englischen Convoi, aus 12 Wagen bestehend, weg. Die Bedeckungsmannschaften, in einer Stärke von 23 Mann, ergaben sich, nachdem 2 getödtet und 11 verwundet worden waren. Sie wurden nachher wieder freigelassen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

* Paris, 16. Jan. Der Minister des Aeußern erklärte es für unrichtig, daß beabsichtigt sei, den Gesandten Pichon von Peking abzurufen. Pichon wünschte in keiner Weise nach Frankreich zurückzukehren, vielmehr hoffe er, die mit China eingeleiteten heißen Verhandlungen zu Ende zu führen.

* Marseille, 16. Jan. General Frey ist aus China hierher zurückgekehrt und reiste nach Paris weiter.

* Paris, 16. Jan. Der Privatsekretär des hiesigen chinesischen Gesandten erklärte einem Mitarbeiter des „Gaulois“, der Friede müsse unter solchen Bedingungen unter-

zeichnet werden, daß die Boxer zum mindesten 15 bis 20 Jahre durchaus lahm gelegt werden. Man müsse die Vereinigung der Boxer vollständig zerstören und dieselben verhindern, sich wieder zu organisieren. In 20 Jahren werde China vielleicht stark genug sein, um die Boxer zu unterdrücken, wenn dieselben von neuem ihr Haupt erheben sollten. Die europäischen Mächte müßten insbesondere nach dieser Richtung hin Bürgschaften verlangen.

* New-York, 16. Jan. Eine Depesche aus Peking vom 14. d. M. meldet: Prinz Tsching theilt dem Doyen des diplomatischen Corps mit, daß er und Li-Hung-Tschang am Sonntag Morgen das Friedensabkommen unterzeichneten, aber er glaube, es den Gesandten nicht vor Mittwoch überreichen zu können infolge der Schwierigkeit, das kaiserliche Siegel zu erlangen, dessen Aushändigung nur auf persönlichen Befehl des Kaisers erfolgen dürfe. — Die Russen begannen Morgens die Bahn den Deutschen zu übergeben. Diese beabsichtigen, die Bahnleitung ihren früheren Beamten und militärischer Oberaufsicht zu unterstellen.

* Washington, 15. Jan. Das Repräsentantenhaus vertrat auf unbestimmte Zeit die Resolution, in der Kriegskriegsminister Root um Aufklärung ersucht wird, bezüglich des Protektions des Generals Chaffee betreffs der in China vorgenommenen Plünderungen und des abgelaufenen Verhaltens, weil es mit Rücksichtnahme auf die Verhandlungen mit China nicht schädlich sei, über die Angelegenheit öffentlich zu verhandeln.

* Shanghai, 16. Jan. Der „Standard“ meldet von hier unterm 15. d. M. Der Gouverneur von Schantung, Yuanjichai, erhielt Befehl, sich nach Peking zu begeben, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Man glaubt, er werde dem Befehl nicht Folge leisten.

* Peking, 15. Jan. Französische Eisenbahningenieure ließen gestern in die westliche Stadtmauer eine Bresche legen und durch diese die Bahnlinie von Paotingfu in die Chinesenstadt hineinzuführen.

* Peking, 16. Jan. Eine Kommission für die Vertheidigung der Gesandtschaften, welche aus militärischen Sachverständigen besteht, berät über die Maßnahmen, um die Bestimmungen der Kaufel der sieben gemeinsamen Noten, betreffend der ständigen Gesandtschaftswache und die Befestigung des diplomatischen Viertels, durchzuführen.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

* Leipzig, 15. Jan. Im Civilprozeß des Grafen Erich zur Lippe-Weisensfeld gegen den Grafen Regenten zur Lippe-Weisensfeld erkannte das Reichsgericht auf Verweisung der Revision des Grafen Regenten gegen das Urtheil des Oberlandesgerichts Celle, wodurch dem Grafen Regenten das Recht zur Empfangnahme einer gewissen Rente abgesprochen wurde, weil dessen Großmutter, Modeste v. Urruh, nicht freierlicher Standes war.

* Wien, 16. Jan. In den Nachtstunden der Galizischen Kreditbank in Borsiglow brach ein Ausstand aus. Da Aufhebungen befürchtet werden, ist Militär abgegangen.

* Haag, 16. Jan. Präsident Krüger beabsichtigt, sich zu Beginn nächster Woche nach Utrecht zu begeben, um einen Augenarzt zu konsultieren.

* Paris, 16. Jan. Die Zollkommission der Kammer nahm die Vorlage an, wodurch der Zoll auf Mais auf 5 Francs erhöht wird.

* Paris, 16. Jan. Der Deputirte Basset kündigt dem Minister Delcassé an, daß er in der Kammer am nächsten Freitag die Panizzardi-Depesche, welche Major Cuguinet als Fälschung erklärte, von neuem zur Sprache bringen werde.

* Turin, 16. Jan. Der Herzog von Aosta ist heute nach Berlin abgereist.

* Kopenhagen, 16. Jan. Die Regierung hat den Finanzausschüssen der beiden Kammern und des Reichstags einen Bericht über die Verhandlungen zugehen lassen, die bisher zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten wegen des Verkaufs der dänisch-westindischen Inseln stattgefunden haben, sowie ein Gesuch von 17 Kopenhagener Geschäftsleuten, worin diese um Unterstützung des Staates dafür bitten, daß die Inseln für das dänische Kapital fruchtbringend gemacht werden.

* London, 15. Jan. Auf das Ersuchen des Bürgermeisters von Portsmouth, er möge den Tag zur Ueberreichung des gestifteten Ehrendenkens bestimmen, antwortete der Earl Roberts, es sei ihm peinlich, gefeiert zu werden, während so viele Leute sich in bitterem Leide befinden, denen man wirklich danken könne, daß die Wolken, die seit mehr als einem Jahre die Heimstätten des Landes verdunkelten und die Herzen so vieler Menschen bedrückten, entfernt seien.

* Madrid, 16. Jan. Amtlich wird bestätigt, daß die Vermählung der Prinzessin von Asturien am 14. Februar stattgefunden.

* Washington, 16. Jan. In dem Voranschlage des Marineetats für das nächste Rechnungsjahr werden die Ausgaben auf 77 Millionen Dollar angegeben, das ist eine Vermehrung von 11 Millionen Dollar gegen das laufende Rechnungsjahr. Zwei Panzer und zwei Kreuzer sollen erbaut werden.

Verstorbene.

* Berlin, 16. Jan. (Telegr.) Die Morgenblätter melden: Seine Majestät der Kaiser ließ dem Oberbürgermeister Kirchner ein von Maler Doepler nach dem Entwurfe des Kaisers ausgeführtes Erinnerungsblatt zur Zweihundertjahrfeier mit eigenhändiger Unterschrift zugehen.

* Konig, 16. Jan. (Telegr.) Gestern fanden Schulkinder den Ueberlebenden des ermordeten Winter auf dem Hofe der Mädchenschule. Die Erregung unter der Bevölkerung ist noch gestiegen.

* Stuttgart, 16. Jan. (Telegr.) Der Berlin-Mailänder D-Bug erlitt heute Früh bei Schweinfurt einen kleineren Unfall, indem die Maschine entgleiste. Verletzt wurde Niemand, dagegen hatte der Zug erhebliche Verpätung.

* München, 16. Jan. (Telegr.) Bei dem heutigen Feste der Technischen Hochschule, dem Seine Königlichen Hoheit Prinz Ludwig bewohnte, theilte der Direktor eine Allerhöchste Verordnung mit, wonach die Hochschule künftig den Titel Dr. ing. der Technischen Hochschule verliehen und die Diplomprüfung zur Berechtigung des Titels „Diplomingenieur“ vornehmen darf. Zum ersten Ehrendoktor wurde Prinz Ludwig ernannt.

* Nürnberg, 16. Jan. Johann Faber, der Begründer der berühmten Bleistiftfabrik, ist gestern gestorben.

* Nürnberg, 15. Jan. Bei dem landwirtschaftlichen Kreditverein für Mittelfranken in Ansbach sind, wie der „Frankf. Bzg.“ von hier gemeldet wird, bedeutende Unterschlagungen festgestellt worden. Der Aufsichtsrath hat Fälschungen in den Büchern ermittelt, in denen fingirte Kosten eingetragen sind. Die Depots sind unverfehrt geblieben, dagegen soll nach den bisherigen Ermittlungen vom Reservefonds, der ungefähr 326 000 M. beträgt, nicht mehr viel vorhanden sein. Das Mitglied des Aufsichtsrathes Dorn und Direktor Schneider sind flüchtig, der Kontrolleur Greiner hat sich erhängt.

* Wien, 16. Jan. Erzherzog Franz Ferdinand ist gestern Abend nach Dresden abgereist, um sich von dort als Vertreter des Kaisers zu den Feierlichkeiten nach Berlin zu begeben.

* Paris, 16. Jan. (Telegr.) Das Pariser Handelsgericht entschied in einem infolge des Ausstandes der Hafenarbeiter entstandenen Prozesse, daß der Streik als ein Fall von force majeure anzusehen sei, der einen Contrahenten von der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen enthebe.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 17. Jan. Abh. A. 30. Ab. Vorst. (Kleine Preise.) Neu einstudirt: „Was ihr wollt“, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Uebersetzt von Schlegel. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. Freitag, den 18. Jan. Abh. C. 30. Ab. Vorst. (Kleine Preise): „Die Schule der Ehe männer“, Lustspiel in 3 Akten von Molière. In deutschen Versen von Ludwig Fulda. — „Die Schule der Frauen“, Lustspiel in 5 Akten von Molière. In deutschen Versen von Ludwig Fulda. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog., vom 16. Jan. 1901.

Vor der irischen Westküste ist eine Depression erschienen, welche auf den britischen Inseln und im Kanal milde Regenwetter verursacht. Mitteleuropa steht noch unter der Herrschaft hohen Druckes, dessen Kern heute Ungarn bedeckt; das Wetter ist in seinem Bereich bei strengem Frost heiter oder neblig geblieben. Auf den Höhen herrscht volle Temperaturumkehrung (Höhenwind — 0,6 Grad bei 28 Proz. relativer Feuchtigkeit und voller Alpenaufsicht). Da das Drisbarometer nicht fällt, so ist vorerst noch kein Umschlag zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Wind.	Feuchtigkeit	Wind	Himmel
	mm	in C.	in mm	in Proz.		
15. Nachts 9 ⁰⁰ U.	753,7	- 9,0	2,1	94	SW	bedeckt 1)
16. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	758,2	- 10,4	1,9	97	Still	„ 2)
16. Mittags 2 ⁰⁰ U.	759,1	- 6,5	2,4	88	SW	„

1) Nebel. 2) Raufrost.

Höchste Temperatur am 15. Januar: -4,5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -11,5.

Niederschlagsmenge des 15. Januar: 0,0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 16. Jan.: 2,80 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Anlehen der Stadt Pforzheim

über
4,500,000 Mark.

Die Stadtgemeinde Pforzheim beabsichtigt, zur Beschaffung der Mittel für neue Unternehmungen, wie Kanalisation, Straßenbauten, Enzforektion, Volksschulneubau, Gaswerks- und Elektrizitätswerks-Erweiterung u. ein

Anlehen im Betrage von 4¹/₂ Millionen

aufzunehmen bei einem Zinsfuß von 4% und einer Tilgung von 1% nebst ersparten Zinsen.

Die Tilgung beginnt erst nach 5 Jahren und dauert sonach vom 1. November 1906 bis 1. November 1947.

Dieses Anlehen wird hiermit unter dem Beifügen öffentlich zur Submission ausgeschrieben, daß Offerten auf Uebernahme dieser Anleihe bis

Dienstag den 29. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr,

verschlossen und mit gehöriger Aufschrift versehen an den Stadtrath der Stadt Pforzheim einzureichen sind.

Detaillirte Offertbedingungen, die näheren Bestimmungen über die Anleihe, Tilgungsplan und weitere Auskünfte über die Vermögens-Verhältnisse der Stadt sind bei dem Stadtrathe zu erhalten. Pforzheim, den 14. Januar 1901.

Der Stadtrath:
Fabermehl.

Frey.

Statt besonderer Mittheilung.

Es hat Gott gefallen, meine liebe Frau, unsre theure Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante

Frau Prälat Jenny Doll, geb. Rupp,

im siebenzigsten Lebensjahr nach längerem, schwerem Leiden heute Morgen 8 Uhr durch einen sanften Tod aus dem irdischen Leben abzurufen. Wir bitten um stille Theilnahme.

Die Beerdigung findet am Freitag, Vormittags 11 Uhr, von der hiesigen Friedhofskapelle aus statt.

Karlsruhe, den 16. Januar 1901.

558

D. R. W. Doll, Prälat a. D.

Für die vielen Beweise der Theilnahme bei dem Tode unseres lieben Vaters sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Familie Schwoerer.

Kenzingen, den 15. Januar 1901.

555

526.1

